

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

27.10.1932 (No. 252)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfach
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. u. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen, die in den Anzeigenblättern der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu erscheinen, ist die Zahlung der Anzeigengebühr vorzunehmen. Anzeigen, die in den Anzeigenblättern der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu erscheinen, sind in den Anzeigenblättern der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu erscheinen. Anzeigen, die in den Anzeigenblättern der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu erscheinen, sind in den Anzeigenblättern der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu erscheinen. Anzeigen, die in den Anzeigenblättern der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu erscheinen, sind in den Anzeigenblättern der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu erscheinen.

Die deutsche Landwirtschaft

Von C. Leonhard Albert, Dipl.-Volkswirt, Karlsruhe.

Die Gefahren der Extensivierung ergeben sich ohne weiteres. Man muß, um in einem Betriebe einen gewissen Ernteertrag sicherzustellen, sommers hohe Kosten aufwenden. Werden nun die aufzuwendenden Kosten verringert, so muß, wenn die früheren Kosten zweckmäßig und zweckdienlich angelegt waren, automatisch ein abgefunkenener Ernteertrag die Folge sein. Als Zahlenbeispiel mag folgendes angeführt werden: Nehmen wir an, unsere Landwirtschaft führte dem Boden für ein Jahr 100 000 Tonnen Reinstickstoff als Nährstoffgabe weniger zu, als heute, so entspräche dies einem Ernteausfall von 2 Millionen Tonnen Getreide, die, da die Nachfrage besteht, importiert werden müßten. Als Gegenwert müßte unsere Devisenwirtschaft 2-300 Millionen RM. zum Ausgleich aufbringen. In gleicher Weise müßten auch noch andere landwirtschaftliche Produkte zu gleicher Zeit mit ausfallen, so daß nicht nur ein Getreideerückgang, sondern auch noch ein Rückgang im allgemeinen zu beklagen wäre. Ein guter Beweis hierfür ist unsere Kriegswirtschaft; damals lagen solche Verhältnisse vor: Minderung der Nährstoffgaben an den Boden in erhöhtem Maße, Arbeitskräftemangel usw., dadurch ein Ernteausfall von 50 Proz. im Vergleich zum Jahre 1913. Dazu kommt noch die Verarmung unserer Böden nach dem Kriege. Welche große Anstrengungen mußte der Landwirt machen, um die Ertragsfähigkeit seiner Scholle wieder normal zu gestalten!

Ein durch die Extensivierung hervorgerufener Ernteausfall zwänge also zu erhöhtem Import. Dies bedeutet Vereinfachung von Devisen. Kredite aus dem Ausland fließen uns wegen der hohen Verschuldung nicht mehr zu. Wie also sollte dann gegenverrechnet werden? Etwas durch das System der handelsvertragsmäßigen Kompensationsgeschäfte? Haben unsere Handelsverträge, abgesehen von dem guten Willen, der auf dem gebuldrigen Papier zum Ausdruck kommt, die erstrebten Ausgleiches geschaffen, oder liegt nicht immer noch das ungeschriebene Recht des wirtschaftlich Stärkeren?

Mit der Unterfuchung der Frage, ob intensiv oder extensiv geführte Betriebe in der Landwirtschaft vorzuziehen seien, hat sich der Reichslandwirtschaftsrat eingehend beschäftigt. Ich verweise auf die Schrift von Dr. Henrich, „Robortrag und Reinertrag 1931“, in der auf Grund von Prüfungen der Buchführungsergebnisse von mehreren Tausend landwirtschaftlichen Betrieben folgendes Ergebnis festgestellt wurde: Je höher unter gleichen natürlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Rohertrag ist, desto höher ist der Reinertrag. Ganz ähnlich gelagert sind auch die Gedankengänge in dem Referat von Reichsminister Prof. Dr. Warmbold, das er anlässlich der 61. Hauptversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates zu Berlin hielt. Auch er sieht in der Extensivierungstendenz der landwirtschaftlichen Betriebe für die deutsche Volkswirtschaft die größte Gefahr. Seine in der Einleitung aufgestellte Forderung für Hilfsmassnahmen sind auf drei Gebiete abgestellt:

1. Schutz gegen die Einflüsse des Weltmarktes.
2. Steigerung der Erlöse für die verkauften landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch Verbesserung und weiteren Ausbau des Absatzes.
3. Senkung der Erzeugungskosten im landwirtschaftlichen Betriebe.

Wir können das Problem der Extensivierungsbestrebung aber auch noch kurz von einer anderen Seite aus betrachten, nämlich von der Seite der Preise her. Hier finden wir, daß der verminderte Ernteertrag die Preise für die einzelnen landwirtschaftlichen Produkte zwangsläufig in die Höhe treibt. Wie weit ist dies aber überhaupt möglich, bei einer so stark verringerten Kaufkraft unserer deutschen Bevölkerung? Ließe dies das Volk zu, oder könnte hier die Regierung untätig zusehen? Ich halte dies beides für unmöglich. Das wirtschaftliche Grundgesetz von Angebot und Nachfrage würde mit seiner ganzen Macht einsetzen. Folgeerscheinung müßte sein: Wegfall des Agrarschutzes. Dadurch wäre einem Start der Auslandskonkurrenz Tür und Tor geöffnet. Einer Auslandskonkurrenz, die sich auf so viele natürliche und technische Vorteile stützen kann, deren Rendite dadurch

Letzte Nachrichten

Die Politik des Deutschen Beamtenbundes

Bundestag in Berlin

BRB, Berlin, 27. Okt. (Priv.-Tel.) Der Deutsche Beamtenbund trat am heutigen Donnerstag in Berlin unter starker Teilnahme aus dem ganzen Reich zu seinem 8. Bundestag zusammen. Der Bundesvorsitzende Klügel teilte in seiner Begrüßungsansprache mit, daß die Reichsregierung darauf verzichtet habe, der Einladung zu der Tagung zu folgen und sich mit geschäftlicher Behinderung entschuldigt habe. Es sei bedauerlich, daß sich die Reichsregierung die seltene Gelegenheit, mit den gewählten Vertretern der Beamenschaft aller Gruppen und aller deutschen Gauen in persönlicher Fühlung zu treten, verlor habe. Zum Verhandlungsleiter des Bundestages wurde Regierungsrat Dietrich, Kassel, bestimmt. Der Bundesvorsitzende hielt darauf einen Vortrag über die Politik des Deutschen Beamtenbundes.

Er betonte, daß die Beamenschaft durchaus bereit sei, ihren Anteil an der allgemeinen Not zu tragen. Nicht das Opfer als solches habe sie erregt und verbittert, sondern vor allem die Art, wie die Beamtenopfer notverordnet worden seien. Der Gesamtertrag der Beamtengehälterkürzungen betrage bisher rund 24 Milliarden Reichsmark. Lebhaft kritisierte Klügel an dem „Dolchstoß“, den der Industrie von Siemens gegen die öffentlichen Bediensteten geführt habe. Nicht wenige leitende Persönlichkeiten der Wirtschaft bezögen heute noch Einkommen, gegen die die Gehälter höchster Beamten sich wie Bettelgroßen ausnehmen. Mit Entschiedenheit wandle sich Klügel auch gegen jeden Versuch, die Beamten zu Staatsbürgern minderen Grades und minderen Grades zu machen.

Den Hauptteil des Vortrages nahm die Auseinandersetzung mit den Angriffen auf den Beamtenbund wegen angeblicher Verletzung seiner parteipolitischen Neutralität in Anspruch. Klügel formulierte das Wesen des Neutralitätsbegriffes dahin, daß parteipolitische Neutralität die Unabhängigkeit von jeder politischen Partei, die völlige Freiheit von jedem Parteieinfluß bedeute, aber auch in sich schließe die Möglichkeit zum Zusammenwirken mit jeder Partei und Zurückweisung von Angriffen und Bedrohungen durch Parteien und Parteiführer, wenn diese die Interessen des Beamtenbundes verletzen. Klügel erklärte zum Schluß, daß sich der Beamtenbund auch in Zukunft nicht in negativer Kritik erschöpfen werde. Wer Parteigeist und Parteibottheit in die überparteiliche Arbeit des Bundes trage, verführe sich an der berufspolitischen Grundlage der Organisation.

Nachspiel zu den Tumulten im Preussischen Landtag

Schadenersatzklage gegen den Präsidenten abgewiesen
BRB, Berlin, 27. Okt. (Priv.-Tel.) Die Tumulte, die sich in einer der ersten Sitzungen des neuen Preussischen Landtages abspielten, hatten jetzt ein gerichtliches Nachspiel. Wie erinnerlich, war bei der Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Jürgen erheblich verletzt worden. Der Abgeordnete hatte daraufhin gegen den Landtagspräsidenten Kerl eine Schadenersatzklage angestrengt, und zwar mit der Begründung, daß der Präsident seine Aufsichtspflicht verletzt hätte. Diese Klage ist nunmehr vom Landgericht I Berlin abgewiesen worden.

Bolivianisch-paraguayischer Waffenstillstand

BRB, Washington, 27. Okt. (Tel.) Bolivien hat nunmehr, dem Beispiel Paraguays folgend, gleichfalls den Vorschlag der neutralen Mächte angenommen, wonach im Chaco-Gebiet die Feindseligkeiten eingestellt werden sollen, bis die Streitfrage durch Schiedspruch endgültig geregelt ist.

In einem Schwereverratsprozeß gegen sieben Berliner Kommunisten wurden in Leipzig Zuchthausstrafen von 4 bis 1 1/2 Jahren verhängt.

sich ganz anders gestaltet, daß die Frage der Erzeugungskosten anders gelagert sind, als bei uns. Dieser Konkurrenz müßte der deutsche Landwirt unbedingt erliegen, denn ihr ist er nie gewachsen. Können wir es uns leisten, vielleicht den wichtigsten Betriebszweig in unserem Vaterlande dem Untergang zu weihen? Würden die Ausländer, nach Niederkampfung der einheimischen Konkurrenz nicht mit uns machen können, was sie wollten hinsichtlich der Preisgestaltung bei der Abnahme der dringendsten von uns benötigten Nahrungsmittel? Selbst wenn in diesem Falle die Unmöglichkeit der Devisenschaffung hemmend wirken würde, so müßte doch das endgültige Bild unlagbarer Jammer, große Not, viel Hunger, größte Armut sein.

Hat man klar erkannt, daß der Weg ungangbar ist, so erhebt sich sofort eine Reihe von Forderungen, um die heute in unserer Landwirtschaft bestehenden Mißverhältnisse anzuschaffen, unsere Landwirtschaft wieder so zu gestalten, daß sie im ganzen wieder rentabel wird. Daß die

* Nach dem Leipziger Urteil

Noch ist in Berlin von Seiten der Reichsregierung bzw. von Seiten des preussischen Reichskommissars nichts geschieden, um nun die praktischen Konsequenzen aus dem Urteil des Staatsgerichtshofs in Leipzig zu ziehen. Und man braucht sich darüber, wie wir schon gestern andeuteten, auch gar nicht zu wundern. Denn es wird überaus schwer sein, hier jogleich den richtigen Weg zu finden.

Auch diejenigen, die von vornherein das Vorgehen des Reichskanzlers in Preußen für äußerst bedenklich hielten und nunmehr durch das Urteil Recht bekommen haben, haben kein Interesse daran, Maßnahmen zu befürworten, die zu einer Schädigung der Reichsautorität führen könnten. Herr von Papen ist nun einmal Reichskanzler; und sein und des Reiches Ansehen sind bei der Sache nicht minder engagiert, wie das des Reichspräsidenten. Schon allein das Urteil selbst ist zweifellos geeignet, die moralische Stellung der Reichsregierung zu verschlechtern. Denn es kann für kein Kabinett gleichgültig sein, wenn ihm von dem höchsten Gerichtshof bescheinigt wird, daß es in einer Reihe von Handlungen die Vorschriften von Gesetz und Verfassung ignoriert oder zum mindesten völlig falsch interpretiert hat. Würde der Reichskanzler sich am 20. Juli bei maßgebenden Juristen gründlich erkundigt haben, so würde er wohl schon damals dahin belehrt worden sein, daß die von ihm geplante Aktion in Preußen in einigen wichtigen Punkten mit dem Wortlaut und Sinn der Verfassung nicht mehr vereinbar war.

Entweder hat der Reichskanzler in der Tat solche Gutachten nicht eingeholt und nach eigenem Ermessen und nach eigener Beurteilung der verfassungsrechtlichen Sachlage gehandelt, oder aber er ist sich von vornherein über das Bedenkliche seiner Aktion im klaren gewesen und hat sie doch gewagt, in dem festen Vertrauen darauf, mit Aufwand der nötigen persönlichen Energie und mit anderen Mitteln seine Auffassung durchdrücken zu können. Wenn er bei alledem die Geistesverfassung des Reichspräsidenten richtig eingeschätzt hat, hätte er sich wohl von vornherein für einen Weg entscheiden müssen, der bei aller Schärfe des Zugreifens in Preußen doch die Legalität auf strengste wahrte. Nicht ganz ohne Grund wird jetzt schon seit Wochen in der nationalsozialistischen Presse dem Reichskanzler immer wieder vorgehalten, es sei doch eine merkwürdige Sache, daß man erst von dem Führer der Partei, Herrn Hitler, die Legalität des Handelns um jeden Preis verlangt habe, selbst aber, wie das Beispiel in Preußen und andere Vorfälle zeigten, nicht gesonnen sei, sich genau an Sinn und Buchstaben der Verfassung zu halten.

Es scheint so, als ob das Urteil des Staatsgerichtshofs auch in dieser Beziehung reinigend gewirkt hat. Und sicherlich wird diese Wirkung noch anhalten. Insofern ist das Urteil geradezu als ein Befehl zu bewerten, der alle verantwortlichen Staatsmänner und Politiker zur strengsten Beobachtung von Gesetz und Verfassung mahnt. Der Staatsgerichtshof bleibt ja auch weiterhin da, und er kann ja auch weiterhin angerufen werden. Es ist aber undenkbar, daß eine Regierung im Reich sich gegen die Urteilsprüche dieses höchsten Gerichts behaupten könnte. Ganz abgesehen davon, daß Reichspräsident von Hindenburg bestimmt nicht die Absicht hat, einen Konflikt der Reichsregierung mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes, wie es

Landwirtschaft kaum je ein Großverdiener wird, wird jedem klar sein. Der zu suchende Weg muß gerade das Gegenteil im Auge haben, nämlich die Intensivierung der Landwirtschaft. Die Maßnahmen werden auf zwei Gebieten zu ergreifen sein:

1. Aktionen zur Stützung des Preises für das landwirtschaftliche Produkt.
2. Minderung der landwirtschaftlichen Gesehungskosten.

Diese beiden Gebiete werden Themen eines folgenden Aufsatzes sein, sowohl die reinen Hilfsaktionen wie die Rationalisierungsprobleme in der deutschen Landwirtschaft.

Unsere Landwirtschaft ist das Rückgrat unserer gesamten deutschen Wirtschaft. Aus der eigenen Kraft der Scholle wächst die Kraft des ganzen Volkes heraus. Sie zu erhalten und zu fördern ist eine der ersten Aufgaben wirklicher Staatspolitik.

* S. Nr. 249 der „Karlsruher Zeitung“.

Zum Schluß bekräftigte sich der Redner mit dem Begriff des Liberalismus, der nie untergehen werde, solange das deutsche Volk existiere. Unser Staat müsse eine Gemeinschaft der vielgestaltigen Kräfte sein; Freiheit des Gewissens, das sei es, an dem wir Deutschen festhalten müßten, wenn wir nicht verloren gehen wollten. Der Staat könne nicht gesund sein, die Wirtschaft nicht zur Ordnung und das Volk nicht zur Freiheit gelangen, wenn wir nicht das Wesen der Freiheit der Entartungserscheinung entleiden, die es angenommen habe, im Laufe der demokratischen Verfassung von Weimar.

Wahlkündigung der Deutschnationalen in Karlsruhe
In einer Wahlerversammlung der Deutschnationalen Volkspartei im „Eintracht“-Saale sprach der Vizepräsident des Reichstags, Dr. Graef.

Die Außenpolitik sei Deutschlands Schicksal. Zuerst müsse Deutschland seine Freiheit und die Wehrbarkeit wieder haben. Die Deutschnationalen gingen unter dem Motto: „Wieder mit den Parteien, hoch die Staatsautorität“ in den Wahlkampf. Die Nationalsozialisten seien orthodox in ihrem Nachstreben gewesen und darüber getötet. Die Treue von Harzburg sei wie eine Seifenblase zerflohen. Eine schwarz-braune Mehrheit wäre das größte Unglück Deutschlands. Bei aller Kritik im einzelnen habe das Wirtschaftsprogramm Rupens doch zum ersten Male ein Gefühl des Vertrauens geweckt. Die Deutschnationalen erstrebten ein Reich, das nicht zu trennen sei von den zwei Begriffen: Schwarz-Weiß-Rot und Kaiserkrone (Starker Fall).

Keine Änderung der Kontingentpolitik. In einer politischen Zeitschrift wird behauptet, daß die Reichsregierung auf Grund des Zwischenberichts der „Kommission“ zu der Überzeugung gelangt sei, daß die Kontingentierungsmaßnahmen nicht in dem geplanten Umfang durchgeführt werden könnten. Von zuständiger Berliner Stelle wird demgegenüber erklärt, daß die Kontingentierungsmaßnahmen so, wie angekündigt, weiter durchgeführt werden. — Die deutsche Delegation für die Kontingentierungsmaßnahmen ist in Kopenhagen eingetroffen.

Der Stahlhelm gegen den Prinzen August Wilhelm. Die Reichspressstelle des Stahlhelms veröffentlicht eine sensationelle, scharfe Erklärung gegen den Prinzen August Wilhelm von Preußen, in der es u. a. heißt, daß der Prinz während des Krieges und noch danach bis 1927 „eine bemerkenswerte Zurückhaltung“ beobachtet habe.

Badischer Teil

Verwarnung des Schwarzwälder Tagblattes

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit:
* Die in Furmungen erscheinende Tageszeitung „Schwarzwälder Tagblatt“ brachte in Nummer 246 vom 22. Oktober 1932 unter der Überschrift „Wieder verurteilt“ über ein Urteil des Amtsgerichts Engen, durch das der Schriftleiter des „Schwarzwälder Tagblattes“ zu 60 M. Geldstrafe verurteilt worden war, u. a. folgende Ausführungen:

„Der den Ankläger vertretende jugendliche Richter kam zu einer Verurteilung unseres Schriftleiters und distizierte 60 M. zusätzlich Kosten. Wahrung berechtigter Interessen wurde nicht (!) angeklagt.“

„Gibt es denn überhaupt noch eine Gerechtigkeit? — In Zentralafrika und Honolulu vielleicht! In Deutschland wird die Sonne der Gerechtigkeit erst wieder beim Anbruch des Dritten Reiches scheinen!“

Solange braucht der Nationalsozialist gar nicht daran denken, daß ihm Gerechtigkeit widerfahren würde.“

Diese Ausführungen enthalten den offenen Vorwurf, daß in Strafverfahren gegen Mitglieder der NSDAP. nach Willkür verfahren und nicht Gerechtigkeit geübt werde. Der Vorwurf trifft nicht nur den Strafrichter des Amtsgerichts Engen, sondern mit Rücksicht auf die Verallgemeinerung des erhobenen Vorwurfs gleichzeitig auch die gesamte badische Justiz. Daß die erwähnten Ausführungen des „Schwarzwälder Tagblattes“ den Eindruck größter Mißachtung hervorzurufen geeignet sind und somit eine Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung darstellen, bedarf keiner weiteren Darlegung.

Der Verleger der Zeitung wurde daher gemäß § 6 Ziffer 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 gegen politische Ausschreitungen, sowie § 3 der ersten Verordnung der Reichsregierung zur Durchführung der Verordnung gegen politische Ausschreitungen vom 17. Juni 1932 verwarnt und darauf hingewiesen, daß im Wiederholungsfall auf Grund dieser Vorschriften ein Verbot ausgesprochen werden wird.

Um das Konkordat

Wie mitgeteilt, haben der Parteiausschuß und die Landtagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei einstimmig in einer Entschließung beschlossen, den von der Regierung in Aussicht genommenen Konkordaten die Zustimmung zu verweigern.

Zu schreibt die „Badische Zentrumskorrespondenz“ u. a.: „Diese Stellungnahme würde weit über das badische Land hinaus berechtigtes Aufsehen erregen. Das Verhalten der badischen Sozialdemokratie müsse aber auch deswegen übersehen werden, weil die preussische Sozialdemokratie den Konkordaten zugestimmt habe, aber dort habe eben schließlich unter Führung von Braun und Seevering die staatspolitische Erwägung über die Wahlpolitik gesiegt. „Die Sozialdemokratie“, so heißt es dann wörtlich weiter, „muß sich selbst klar werden darüber, was sie will. Was das Zentrum will und was es tun muß, wenn ein Antikonkordatssturm die Ratifizierung vor dem Land verhindert, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Das ist mehr als selbstverständlich. Das Zentrum wartet in aller Ruhe ab, wie die Verhandlungen im Badischen Landtag laufen werden, insbesondere, wie dort die Stellungnahme der Sozialdemokratie und die Begründung ihrer Haltung sein wird. Es wird seinen Weg der Pflicht gehen und am Ende der Verhandlungen sich die politische Lage ansehen, um daraus die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen. Noch ist das Konkordat nicht zu Fall gebracht und gewisse kulturpolitische Querstreiche jubeln vielleicht zu früh. Wir glauben jedenfalls zu dieser Auffassung berechtigt zu sein und glauben auch zu wissen, daß deswegen von der badischen Zentrumsfraktion noch keinerlei Überlegungen angestellt werden, ob und welche Konsequenzen aus dem Beschluß der Sozialdemokratischen Partei zu ziehen sind. Diese Überlegungen werden zu gegebener Zeit angestellt werden.“

Lebensrettung
Das Staatsministerium hat mit Entschiedenheit vom 17. Oktober 1932 Nr. 12570 dem Schloffer Ernst Weis in Mannheim die badische Rettungsmedaille verliehen.

Der Weg aus der Krise

Schranken zum diesjährigen Weltspartag

Der diesjährige Weltspartag am 29. Oktober fällt in eine nicht minder schwere Zeit als schon der vorige. In einer Hinsicht aber haben sich die Dinge doch wesentlich geändert: die Zuversicht der Menschen in die wirtschaftliche Entwicklung ist wieder gestiegen. Diese Zuversicht selbst ist von größter wirtschaftlicher Bedeutung, denn die Wirtschaft wird ja von den Menschen bestimmt, von Menschen mit Stimmungen und Ansichten. Die Hoffnung auf wirtschaftlichen Wiederaufstieg ist auch sachlich begründet: überall in der Welt ist die Nachfrage nach Rohstoffen gestiegen, die Lager sind ziemlich geleert, erheblicher Bedarf ist vorhanden.

Auch bei den Spartassen hat sich die allgemeine Zuversicht und Hoffnung auf Wirtschaftsaufstieg bereits deutlich ausgedrückt. Zum erstenmal seit mehr als einem Jahr haben sich im August die Einzahlungen und Abhebungen von Sparsparlagen bei den Spartassen ausgeglichen, und diese erfreuliche Entwicklung hat seitdem angehalten. Hierin liegt ein Beweis, daß auch in solchen Spartenkreisen, die bisher aus Angst ihr Geld unnötig zurückhielten, das Vertrauen wiederkehrt. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Vorsparnisse unnötig waren, und daß die bewährten Sparmethoden dem Damstern und der Selbstanlage von Geld vorzuziehen sind. Die Spartassen mit ihren mehr als 19 Millionen Sparsparkunden (fast jeder dritte Deutsche ist befallentlich Sparer bei einer öffentlichen Spartasse) sind eine Angelegenheit des ganzen Volkes, und bei ihnen spiegelt sich daher am deutlichsten die Auffassung unseres Volkes wieder. Man kann also mit Recht sagen, daß vermehrte Einzahlungen und erhöhte Einzahlungen bei den öffentlichen Spartassen ein gutes wirtschaftliches Vorzeichen sind.

Gerade wegen ihrer engen Verbindung mit den breiten Schichten unseres Volkes haben die Spartassen natürlich eine besonders hohe Verantwortung für die Sparer. Darum haben sie sich immer bei den Behörden und in der Öffentlichkeit gegen alle Währungs- und Wirtschaftsexperimente eingesetzt. Die Verantwortung, die die Spartassen als Sammelflächen des heimischen Spargeldes haben, gebietet ihnen auch, sich immer wieder für den Spargedanken in der Öffentlichkeit einzusetzen. Es ist der Zweck gerade auch des diesjährigen Weltspartags, einen jeden auf die hohe sittliche und wirtschaftliche Bedeutung des Sparens hinzuweisen. Das Sparen im weitesten Sinne ist der natürliche Weg, der allein uns aus der wirtschaftlichen Krise herausführen kann. Die Krise überwinden, das heißt Arbeit schaffen. Gewaltige finanzielle Mittel sind notwendig; jede Mark, jeder Pfennig kann zur Arbeitsbeschaffung beitragen, wenn er bei den Sparinstituten eingezahlt wird, so daß er von diesen als Kredit in die Wirtschaft geleitet werden kann. Arbeit und Sparen fördern sich gegenseitig, sie sind die Existenzgrundlagen eines jeden einzelnen, wie des ganzen Volkes.

Die Schlägerei im Landtag vor Gericht

Landtagsabgeordneter Kraft zweimal verurteilt

Unter der Anklage wegen Körperverletzung und tätlicher Beleidigung stand am Mittwoch der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Herbert Kraft aus Mannheim vor dem Schöffengericht Karlsruhe.

Gegenstand der Verhandlung bildeten Vorfälle, die sich am 16. und 17. Februar im Landtag abspielten und die in eine Prügelei zwischen dem Angeklagten und dem Zentrumsabgeordneten Hilbert ausarteten. Der Abg. Hilbert hatte in einem Zwischenruf Hilbert als Deserteur bezeichnet. Daraus war ihm von den Nationalsozialisten mit „Schweine“ und „Charakterlump“ geantwortet worden. Am Schluß der Sitzung vom 17. Februar nahm Hilbert in einer persönlichen Bemerkung zu diesen Zwischenfällen Stellung. Es kam dabei zu einem erneuten Zusammenstoß, wobei die genannten Beleidigungen wiederholt wurden. Dabei nannte Abg. Hilbert den Abg. Kraft „enfant terrible“ und erklärte, er billige ihm den Paragraphen 51 zu. Kraft begab sich darauf an den Abg. Hilberts und gab ihm eine Ohrfeige. Darauf versetzte ihm Hilbert einen Stoß, beide Abgeordnete stürzten zu Boden und gerieten in ein Handgemenge.

Über den Verlauf des unruhlichen Schauspielens wurden am Mittwoch neun Abgeordnete sowie zwei weitere Zeugen vernommen. Der Oberstaatsanwalt beantragte gegen Kraft wegen tätlicher Beleidigung und Körperverletzung eine Geldstrafe von 800 M. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Krauß, trat für Freisprechung ein, da es sich um gegenseitige Beleidigung handelte. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten Kraft zu 100 M. Geldstrafe.

In einem weiteren Fall hatte sich Kraft wegen Beleidigung des Badischen Landtags zu verantworten. Er hatte Anfang April in einer nationalsozialistischen Wahlversammlung in der Festhalle erklärt, die Nationalsozialisten seien seit ihrem Einzug im Landtag zu der Überzeugung gelangt, daß der Landtag nichts anderes als ein polizeilich genehmigter Unfug sei. Wegen Beleidigung nach Paragraphen 185, 197 und 200 verurteilte das Schöffengericht Kraft zu 50 M. Geldstrafe. Dem Landtagspräsidenten wurde die Refugnis zugesprochen, das Urteil in der „Karlsruher Zeitung“ zu veröffentlichen.

Kein Weiterbau des Rhein-Seitenkanals

Bericht zugunsten eines großen Rhône-Projektes

Die Aktien des erst vor 14 Tagen eingeweihten Kemfener Kraftwerkes haben in den letzten Tagen an der Pariser Börse einen erheblichen Kurssturz erfahren, so daß die Notierungen vielfach ausgefegt wurden. Im Zusammenhang mit dieser erfolgte Gründung der Compagnie Nationale du Rhône verweisen, die mit einem Aktienkapital von 240 Millionen Franken den sofortigen Ausbau der Rhône als Kraftquelle und Großschiffahrtsweg in Angriff nehmen will und an der neben den südfranzösischen Eisenbahngesellschaften auch große Pariser Elektrizitätsgesellschaften mit rund 25 v. H. beteiligt sind. Mit dem ersten Bauabschnitt bei einem Kostenaufwand von rund 24 Milliarden Franken, der eine Produktionsbasis von 150 Kilowattstunden liefern soll, wird sofort begonnen werden.

Aus Rom wird dazu berichtet: Mit der Inangriffnahme des Rhône-Projektes, das nach seiner Vollendung eine Kapazität von 560 000 Kilowattstunden ergeben würde, dürfte aber das Schicksal des elsässischen Rhein-Seitenkanals endgültig entschieden sein, zumal auch in der letzten Zeit vielfach gewichtige strategische Gründe gegen seinen Ausbau geltend gemacht wurden. In diesem Zusammenhang muß auf die feinerzeitige Kammererklärung des Unterstaatssekretärs Margaine auf eine Anfrage des elsässischen Senators, General Girschauer, verwiesen werden, daß zur Zeit kein Geld für den weiteren Ausbau des Rhein-Seitenkanals vorhanden sei, eine Auskunft, die der Arbeitsminister Daladier erst dieser Tage vor einer lothringischen Bürgermeisterversammlung bekräftigt hat. In der Zwischenzeit dürfte die erste Baustufe des Rhône-Projektes bereits vollendet sein. Was das Kemfener Kraftwerk angeht, so wird seine Rentabilität durch die Einleitung des Kanalbaues nicht unmittelbar beeinträchtigt, wenn auch die Gesteinskosten pro Kilowattstunde sich erheblich erhöhen werden.

Aus den Parteien

Auf einer Tagung des Industrie- und Handelsausschusses der Deutschen Volkspartei in Mannheim, die sehr zahlreich besucht war, hatte das Hauptreferat Finanzminister Dr. Mattes übernommen. Der Redner anerkannte grundsätzlich das wirtschaftliche, staatsrechtliche und geistige Reformprogramm der Regierung. Er lehnte dagegen die Kontingentpolitik und vor allem die unter dem Einfluß der Deutschnationalen entstandene einseitige Agrarpolitik zugunsten des Ostens, sowie staatsrechtliche Reformen in Richtung auf eine Wiederherstellung der Monarchie und der Stärkung partikularistischer Länderinteressen ab. — Die Stellungnahme des Ausschusses kann dahingehend zusammengefaßt werden, daß in dem Kampf zwischen der Reichsregierung und den oppositionellen Parteien die Regierung mit allen Kräften unterstützt werden müßte, da von dem Erfolg und der Sicherung ihrer Arbeit die Wirtschaftsbelebung und damit die Überwindung der Arbeitslosigkeit entscheidend abhängt.

Vom Redarkanal

In diesen Tagen fassen die Amtskörperschaften der Bezirke Redarfulm und Heilbronn entscheidende Beschlüsse über den Bau der Stauffuse Gundelsheim des Redarkanal. Inzwischen ist an der Stauffuse Girschhorn die mit dem Stauffweh verbundenen Brücke so ziemlich fertiggestellt. Soeben wird mit dem Einbau der letzten Balge begonnen.

Tagungen

Der Badische Landesverband für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge hielt seine diesjährige Landesversammlung in Mannheim ab. Der Vorsitzende, Oberregierungsrat Dr. Gsch, begrüßte die Vertreter der Behörden usw. Vor 13 Jahren tagte der Landesverband das letzte Mal in Mannheim. Landeskommissar Dr. Scheffele, Mannheim, überbrachte die Wünsche des Landesjugendamts und der Staatsverwaltung. Er erinnerte besonders an die aufopfernde Tätigkeit der Fürsorgereinen. Oberbürgermeister Dr. Heimerich lud die Teilnehmer an der Tagung zu einer Besichtigung der sozialen Einrichtungen der Stadt ein; die Stadt wird versuchen, diese Einrichtungen trotz der Notzeit zu erhalten. Die Geschäftsführerin des Verbandes, Fräulein Erta Schwoerer, erinnerte an die Sparmaßnahmen und Notprogramme, die den beiden zurückliegenden Berichtsjahren ihren Stempel aufdrückten. Auf der einen Seite beeinträchtigten die fürsorgereischen Maßnahmen die Aufbaubestrebungen in allen Gattis, auf der anderen Seite wurde die Wirksamkeit durch die allgemeine Not eingeschränkt. Die Zunahme der Säuglingssterblichkeit zwingt dazu, der körperlichen und seelischen Erleichterung des Kleinfundes besondere Sorgfalt zuzuwenden. Die Anzeichen dafür, daß Kinderkrankheiten, die man schon im Aussterben glaubte, wieder zunehmen, mehrten sich. Die Notverordnungen, die eine Einschränkung der Leistungen der Krankentassen brachten, haben bisher die Mütterfürsorge und Wochenhilfe unangefastet gelassen. Neben der Vorbeugung widmet sich der Landesverband der hygienischen Volksbelehrung in besonderem Maße, 62 Belehrungstourneen wurden von 5215 Besuchern, 88 Einzelberatungen von 1625 Personen besucht. Dazu kamen Führungen und Beratungen, Versammlungen der Fürsorgeverbände und Kurse, die von Wanderlehrerinnen abgehalten wurden. In der Pflegereinigungsschule des vom Badischen Landesverband betriebenen Kinderkrankenhaus in Karlsruhe wurden 89 Schülerinnen zur staatlichen Prüfung vorbereitet, 2963 Kindern wurde häusliche Behandlung zuteil. Nach einem Vortrag von Professor Dr. Erwin Baur, dem Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Röntgenforschung in Münchenberg-Wark über das Thema: „Wie läßt sich die fortschreitende Degeneration der Kulturvölker aufhalten?“, referierte Professor Dr. Franz Luft, der Direktor des Kinderkrankenhaus Karlsruhe über das Thema: „Schutzimpfungen als vorbeugende Maßnahmen gegen die ansteckenden Krankheiten.“

Der Badische Waldbesitzerverband hielt in Müllheim unter der Leitung von Bürgermeister Dämmerte eine Tagung ab. Vorsitzend Frey schilderte die allgemeine Lage auf dem Holzmarkt in wirtschafts- und handelspolitischen Hinsicht. Er hob insbesondere den durch lange Arbeit der Spitzenorganisationen erreichten besseren Schutz nach außen hervor, sprach über Holzschlag und Preisgestaltung und die Bemühungen des Verbandes auf diesem Gebiete. Die Arbeit des Verbandes werde fortgesetzt und vor allen Dingen erreicht werden, daß der Frachttarif der Bahn gesenkt wird, denn dieser stehe in keinem Verhältnis zum Wert der abgesetzten Ware. Im Anschluß an diese Ausführungen wurde in eine allgemeine Aussprache eingetreten, die sich auf den Holzabsatz in der südwestdeutschen Grenzede bezog. So wie die Verhältnisse heute liegen, sei mit einer Ausfuhr größerer Mengen Holz nach Frankreich nicht zu rechnen. Die Ausfuhr nach der Schweiz sei eher möglich, aber übertriebene Hoffnungen dürfe man sich nicht hingeben.

Aus der Landeshauptstadt

Gartenbau und „Deutsche Woche“. Die Gartenbaubetriebe von Karlsruhe und Umgebung haben sich bereit gefunden, bei der in der Zeit vom 29. Oktober bis 6. November in den Räumen der Städtischen Ausstellungshalle stattfindenden großen Ausstellung „Deutsche Woche“ mitzuwirken. Im Hinblick auf die besondere Notlage des Erwerbsgartenbaues bedeutet diese Beteiligung ein großes Opfer, das der Gartenbau im Interesse der Gemeinschaftswerbung für deutsche Erzeugnisse in selbstloser Weise auf sich genommen hat. Die gärtnerische Ausstellung wird der gesamten Schau einen guten Rahmen geben. Darüber hinaus wird sie auch beweisen, daß der heimische Gartenbau eine außerordentliche Leistungsfähigkeit besitzt. Mögen es Gemüse oder Blumen aller Art sein, zu jeder Jahreszeit sucht der Gartenbau dem vorhandenen Bedarf mit einheimischen Erzeugnissen gerecht zu werden.

Letzte Fahrgelegenheiten mit der Reichsbahn ab Karlsruhe an Allerheiligen 1932. Zur Bewältigung des an Allerheiligen infolge der Verlängerung der Geltungsdauer der Sonntagsrückfahrkarten zu erwartenden stärkeren Verkehrs sind die Rückfahrgelegenheiten am Abend des 1. November ab Karlsruhe erweitert. Es verkehren folgende Personenzüge mit Halt auf allen Bahnhöfen: Strecke Karlsruhe—Offenburg über Ettlingen: Karlsruhe ab 23.03, Offenburg an 1.06. Strecke Karlsruhe—Bruchsal: Karlsruhe ab 23.30, Bruchsal an 23.59. Strecke Graben-Neudorf über Blantenloch: Karlsruhe ab 23.50, Graben-Neudorf an 23.25. Strecke Graben-Neudorf über Eggenstein: Karlsruhe ab 22.03, Graben-Neudorf an 22.44. Strecke Karlsruhe—Eppingen: Karlsruhe ab 22.54, Eppingen an 0.22. Strecke Karlsruhe—Forstheim—Mühlader: Karlsruhe ab 23.00, Mühlader an 1.07. Strecke Karlsruhe—Gernsbach über Durmersheim—Raftatt: Karlsruhe ab 23.05, Gernsbach an 0.03.

Über „einschneidende Sparmaßnahmen beim Landestheater“ wurde vor einigen Tagen in hiesigen Blättern berichtet. Von zuständiger Seite wird hierzu mitgeteilt, daß die Darstellung auf einem Jertum beruht. Es handele sich nicht um neue Sparmaßnahmen, sondern nur um solche, die bereits im Herbst vorigen Jahres durchgeführt worden sind.

